

Für das Leitbild einer „Ökologisierung der Marktwirtschaft“ werden vier zentrale Schlüsselprojekte genannt: der Abbau offener wie verdeckter Subventionen, die umweltschädlich wirken (z. B. das unbesteuerter Flugbenzin); die Durchführung einer ökologischen Steuerreform, die im Energiesektor auch die Einführung einer allgemeinen Energiesteuer vorsieht (im Gegenzug sollten die Abgaben für den Produktionsfaktor Arbeit gesenkt werden); die Etablierung von Haftungsregeln für risikoträchtige Aktivitäten; und die Umorientierung der Wettbewerbspolitik auf Ressourceneffizienz.

Aber nicht nur dem Wirtschaftssystem, auch der *Wirtschaftsweise* widmet sich ein Leitbild, das diese auf einen Produktionsprozeß verpflichtet, in der Abfälle zu wertvollen Stoffen anderer Produktionsvorgänge werden sollen. Die Produktgestaltung müsse an den Kriterien Langlebigkeit, Schadstofffreiheit, Demontierbarkeit und Wiederverwertbarkeit ausgerichtet sein. Unternehmerisches Handeln wird auf *systemweite Produktverantwortung* verpflichtet, was unter anderem die Zurücknahme von Wertstoffen und Produkten durch Verkäufer und Hersteller einschließt.

„Gut leben statt viel haben“ lautet der

vierte Programmsatz für ein zukunftsfähiges Deutschland. Sparsamkeit, „jene alte Regel haushälterischen Denkens“, wird darunter als Tugend neu belebt, konkret vor allem die gemeinsame Nutzung etwa von Waschmaschinen, Autos, Rasenmähern und Skiausrüstungen als Devise ausgegeben. Ein weiteres Leitprinzip widmet sich einem modernen, nicht mehr wie bisher am „Massendurchsatz“ orientierten Verständnis von Infrastruktur, einer „lernfähigen“, „dematerialisierten“ Infrastruktur. Dabei wird vor allem ein Profil moderner Energiedienstleistungsunternehmen gezeichnet.

Die Zukunftsfähigkeit Deutschlands entscheidet sich maßgeblich an der der deutschen Städte, dies zeigen Ausführungen unter dem sechsten Leitbild, das unter dem Stichwort Re-Urbanisierung eine Neubelebung der „Stadt als Lebensraum“ fordert. Insgesamt macht sich die Studie damit für eine umfassende Revision des Stadt-Land-Verhältnisses stark; das nächste Leitbild ist der politischen Neugestaltung des ländlichen Raums und der ökologischen Landbauwende gewidmet.

Die Erkenntnis beispielsweise, daß die Industrieländer die Armen im Süden weit weniger durch das schädigen, was

sie ihnen an Hilfe vorenthalten, als durch das, was sie für sich selbst in Anspruch nehmen, bilden den Hintergrund des letzten Leitbildes: „Internationale Gerechtigkeit und globale Partnerschaft“. Eine Notgemeinschaft müßte sich dabei fast zwangsläufig ergeben denn: „Der produktive Streit um eine zukunftsfähige Lebensweise steht dem Süden nicht anders als dem Norden bevor.“

Im fünften und letzten Kapitel der Studie erfolgt sozusagen die Gegenprobe. In einem mittelfristigen Szenario, das wiederum auf den Vorarbeiten der Enquete-Kommission „Schutz der Erdatmosphäre“ aufbaut, werden die zuvor genannten Umweltziele auf ihre Erreichbarkeit überprüft.

Nicht nur die Tatsache, daß sich die Autoren des Umweltinstitutes am Ende der Studie gleich noch ausführlich den vermuteten Einwänden gegen ihre Forderungen stellen, macht die Studie zu einem wichtigen Beitrag für die Öko- und Zukunftsdiskussion in Deutschland. Der Leiter der Abteilung Entwicklungspolitik bei Miseror, *Reinhard Hermle*, kommentierte die Ergebnisse, überrascht hätten ihn die Dramatik der Schlußfolgerungen, aber auch der Optimismus, den drohenden Gefahren begegnen zu können. A. F.

Jetzt nicht resignieren

Zur Situation der evangelischen Kirche in den neuen Bundesländern

An der Minderheitssituation der evangelischen Kirche in den neuen Bundesländern hat sich sechs Jahre nach der Wende nichts geändert. Die Kirche verfügt über neue Möglichkeiten, in die Gesellschaft hineinzuwirken, steht aber gleichzeitig unter erheblichen Sparzwängen. Wolf Krötke, Professor für Systematische Theologie an der Theologischen Fakultät der Berliner Humboldt-Universität, analysiert für uns Probleme und Chancen der gegenwärtigen Umbruchsituation.

Für die evangelischen Landeskirchen in den neuen Bundesländern hat sich seit 1990 sehr viel geändert. Sie sind aus einer Außenseiterposition am Rande der Gesellschaft heraus zu einem Faktor des öffentlichen Lebens in der pluralistischen, demokratischen Gesellschaft geworden. Ihnen sind aufgrund der staatskirchenrechtlichen Verhältnisse in der

Bundesrepublik Deutschland Aufgaben in vielen gesellschaftlichen Bereichen zugewachsen, die sie in den DDR-Zeiten nicht wahrnehmen durften. Statt der Unterdrückung durch den totalitären Staat werden ihnen eine Reihe von Förderungen durch den demokratischen Staat zuteil. Das alles sind Veränderungen, die diesen Kirchen einen

eminenten *Zuwachs der Möglichkeiten ihres Dienstes* sowohl in den Gemeinden selbst wie im Hinblick auf die Gesellschaft gebracht haben. Man sollte darum meinen, in diesen Kirchen herrsche darob eitel Freude und es werde mit dem Pfunde, das ihnen gleichsam in den Schoß gefallen ist, nach Kräften gewuchert. Doch das ist nur sehr begrenzt der Fall. Atmosphärisch trifft man – vor allem unter der Pfarrerschaft – sehr häufig auf ein Klima des Mißmuts, des Klagens und der Skepsis. Die Möglichkeiten, welche die Kirchen in den neuen Bundesländern gewonnen haben, werden weithin eher als eine Last, denn als Chance für einen Neuanfang oder gar für einen Aufbruch gewertet. Der Grund für diese verbreitete Stimmung ist unschwer anzugeben. Bei allen Veränderungen im gesellschaftlichen und politischen Umfeld der Kirche hat sich eines nämlich nicht verändert: Das ist der Status einer deutlichen *Minderheit* in der Bevölkerung. Ob die Möglichkeiten, welche die Kirche jetzt hat, die richtigen Wege sind, sich auf diese Situation einzustellen und in zukunftssträchtiger Weise mit ihr umzugehen, ist die Frage.

Der Atheismus als selbstverständliche Lebenshaltung sitzt tief

Die Entwicklung in den fünf Jahren der deutschen Einheit und damit auch der rechtlichen Einheit der deutschen evangelischen Kirchen belegt für viele, daß das nicht der Fall ist. Die Strukturen und Möglichkeiten, welche die Kirche jetzt hat, sind diejenigen einer Kirche, die deutlich in der Bevölkerung und im Leben der Gesellschaft verankert ist. Sie verbrauchen an der Basis, bei der überregionalen Arbeit und im Gesellschaftsbereich Kräfte, die in einer Minderheitskirche nicht in ausreichendem Maße vorhanden sind. Sie binden umgekehrt die Energien, die für eine Intensivierung und Ausweitung des Gemeindelebens nötig wären. Sie lassen die Chancen, welche diese Situation für das Entstehen einer neuen Gestalt der Kirche zweifellos auch bietet, in der vagen Hoffnung brach liegen, das Volk werde sich eines Tages schon wieder in der „Volkskirche“ einfinden. Diese Hoffnung hat sich in den letzten fünf Jahren nicht erfüllt und es gibt auch wenig Anzeichen dafür, daß sie sich in absehbarer Zeit erfüllen wird.

Das hat Gründe, die aus der Geschichte der Kirchen in der DDR stammen. Man muß sie sehr stark in Anschlag bringen, wenn man die heute entstandene Situation richtig verstehen will. Als die DDR zu Ende ging, waren noch rund 20 Prozent der Bevölkerung Glieder der Kirche und die meisten davon beileibe keine aktiven Glieder. Dabei ist es im ganzen geblieben. Die neuen gesellschaftlichen und politischen Verhältnisse hatten in der Bevölkerung keine neue Zuwendung zum Gottesglauben und damit zur Kirche zur Folge. Die große Bedeutung, welche die evangelische Kirche im Jahre 1989 für das ganze Land hatte, erwies sich als *politisch-religiöses Zwischenspiel*. Denn der Atheismus, der unter zwei Weltanschauungsdiktaturen zur selbstverständlichen Le-

benshaltung von Generationen geworden ist, sitzt tief. Er konnte sich auch ziemlich einfach mit dem Säkularismus der westlichen Gesellschaft verbinden, ohne durch die Tatsache herausgefordert zu sein, daß das Scheitern des „real existierenden“ Sozialismus auch das Scheitern einer dezidiert atheistischen Weltanschauung war.

Für den, der DDR-Erfahrung hat, ist das im Grunde keine Überraschung. Denn der Atheismus war dasjenige Element der marxistisch-leninistischen Weltanschauung, mit dem die meisten Menschen freiwillig zusammenstimmten. Das schlichte Desinteresse am Gottesglauben, in dem dieses Zusammenstimmen sich faktisch äußerte, ließ die Gemeinden so zusammenschrumpfen, daß vielerorts noch nicht einmal mehr der sonntägliche Gottesdienst aufrecht erhalten werden konnte. Der staatliche Druck sorgte zudem dafür, daß Menschen in gesellschaftlich und wirtschaftlich relevanten Positionen nicht mehr der Kirche angehörten. Die Kirche verlor ihre lebendige Verwurzelung in der Bevölkerung.

Dieser Verlust hatte auch seine positive Seite. Er brachte der Kirche einen Gewinn an Glaubwürdigkeit, sofern Kircheng Zugehörigkeit sich nicht aus irgendwelchen gesellschaftlichen Konventionen herleiten ließ, sondern per se eine Art Bekenntnisakt war, für den man gerade zu stehen hatte. Er nötigte die kirchliche Verkündigung und Praxis, sich auf ihre ureigensten Anliegen zu konzentrieren.

Auf der anderen Seite war aber schon in den DDR-Zeiten klar, daß der beschriebene Schrumpfungsprozeß auf die Dauer Konsequenzen für die Struktur und Arbeitsweise der Kirche haben mußte. Einer der wichtigsten Gründe für die Schwierigkeiten, in denen die Kirchen in den neuen Bundesländern heute stecken, besteht jedoch darin, daß diese Konsequenzen nicht gezogen wurden. Realistischerweise hätte sich die Kirche als eine Bekenntniskirche organisieren müssen, die dann zwangsläufig nur noch an den Orten hätte präsent sein können, wo die Gemeindeglieder in der Lage sind, das geistliche Amt, den kirchlichen Unterricht, die Kirchenmusik, die Diakonie usw. zu finanzieren. Die kirchliche Verwaltung hätte auf ein Minimum reduziert werden müssen. Das ist – obgleich es eine Reihe Vorstöße in diese Richtung gab – nicht geschehen.

Der Sparzwang dünnt die Präsenz vor Ort aus

Die Kirche behielt die Struktur und Arbeitsweise einer flächendeckenden Großinstitution. Sie war organisiert wie eine „Volkskirche“, der leider nur das Volk fehlte. Dadurch litt sie aber an einem entscheidenden Mangel: Sie konnte ihren Arbeitsaufwand nicht selbst bezahlen. Sie lebte nur zum Teil von der freiwilligen Kirchensteuer. Neben den Staatszahlungen, die sich aus der Geschichte der evangelischen Kirche in Deutschland herleiteten, trugen vor allem die Kirchen des „Westens“ ihre finanziellen Lasten. Jetzt müssen sie das selbst tun und darum sind fast alle Probleme, die den Weg und die Arbeit der Kirche in den neuen Bundesländern betreffen, zu quälenden Finanzfragen geworden.

Im Rahmen des *Finanzausgleiches* zwischen den Evangelischen Kirchen in Deutschland flossen in den Jahren nach der rechtlichen Vereinigung zwar große Summen in die Kirchen der neuen Bundesländer. Ohne dieses Geld hätten z. B. die Pfarrer und sonstigen Mitarbeiter nicht bezahlt werden können. Vom kommenden Jahr an werden sich diese Zahlungen aber reduzieren. Das Ziel muß die *Selbstfinanzierung* sein. Wie das aber erreicht werden kann, weiß heute im Grunde wohl niemand. Denn das Kirchensteueraufkommen ist nicht in der Weise progressiv, daß man für die kommenden Jahre eine wesentliche Veränderung erwarten kann. In Gebieten, wo sich volkscirchliche Strukturen noch etwas intakter erhalten haben, wie z. B. im südlichen Teil der sächsischen Landeskirche, sieht es zwar etwas besser aus. Im ganzen sind die Finanzierungslücken aber sehr groß. Die niedrigen Einkommen in den neuen Bundesländern sorgen zudem dafür, daß noch nicht einmal die ganze Minderheit der Glieder der Kirche an der Finanzierung des kirchlichen Dienstes beteiligt ist. Das bedeutet aber, es muß drastisch gespart werden und zwar in einer Weise, die dem, was jetzt nötig wäre, zuwider läuft.

Nötig wäre eine missionarische Offensive der Gemeindearbeit. Nötig wäre ein intensives Zusammenleben der Pastorinnen und Pastoren, ja aller derer, die im kirchlichen Dienst stehen, mit den Menschen vor Ort. Nötig wäre eine umfassende Aktivierung der Gemeindeglieder zu Besuchsdiensten. Das wird an vielen Stellen auch versucht. Denn anders als durch persönliche Begegnungen und durch Erlebnisse mit Menschen, die glauben, werden die Menschen nicht wieder zur Kirche finden. Der Sparzwang fördert dagegen die gegenteilige Tendenz. Er dünnt die Präsenz der Kirche vor Ort aus. Denn effektives Sparen bedeutet: Es muß vor allem an den Personalkosten gespart werden. Darum werden hunderte von Pfarrstellen und Mitarbeiterstellen nicht wieder besetzt. Die Kirche von Berlin-Brandenburg muß z. B. 35 Prozent der Personalstellen streichen!

Die damit nötige Ausweitung der vorhandenen Arbeitsbereiche hat jedoch eine geringere Intensität des kirchlichen Dienstes gerade da zur Folge, wo eine größere gefordert wäre. Äußerlich sichtbar wird das am meisten in entkirchlichten ländlichen Gebieten, in denen die Kirchen zu zerfallen beginnen und sogar ihr Verkauf in Erwägung gezogen werden muß. Die entstandene und noch längst nicht stabilisierte Lage drückt aber auch auf die Psyche der Menschen im kirchlichen Dienst. Sie fühlen sich überfordert und noch dazu mit bürokratischen und dienstfremden Tätigkeiten überhäuft, welche der neue Rechtsstatus der Kirche mit sich gebracht hat.

Auf der anderen Seite bewirkt die unausweichliche Sparpolitik der Kirchenleitungen, daß Menschen, die in den kirchlichen Dienst treten wollen, nicht in ihn hineinkommen. Ein großer Teil der Landeskirchen hat unterdessen „Wartelisten“ für die Übernahme von Absolventen des Theologiestudiums in den kirchlichen Dienst eingerichtet. Das ist für die Studierenden, die sich in den DDR-Zeiten für ein solches Studium

entschieden haben, besonders bitter. Damals war das eine Lebensentscheidung um einer Kirche willen, die darauf angewiesen war, daß junge Menschen alle Nachteile eines solchen Berufsweges in Kauf nahmen und ohne nach ihrem eigenen Vorteil zu fragen, ihr Leben für diese Kirche zur Verfügung stellten. Sie haben das getan und nun hören sie, daß man sie nicht brauchen kann. Im Rückgang von Studienanfängern zeigt sich schon jetzt, welche langfristigen Folgen es hat, wenn sich der Eindruck festsetzt, daß es in der Kirche für junge Menschen keine Berufsaussichten gibt. Ein DDR-spezifischer Ausbildungsgang, nämlich die fachschulartige Ausbildung von „Predigern“, die zunächst in einem anderen Beruf tätig waren, hat keine Zukunft mehr, so daß die Schließung der Predigerschule „Paulinum“ in Berlin auf der Tagesordnung steht.

Latenter Widerstand gegen Religionsunterricht in Staatsverantwortung

Ein anderer Zweig der kirchlichen Arbeit in der DDR wird langfristig ebenfalls an sein Ende kommen. Das ist die „Christenlehre“, also der kirchliche Unterricht, der aufgebaut werden mußte, als die DDR mit dem Religionsunterricht ein Ende machte und die Kirche noch nicht einmal mehr die Schulräume benutzen durfte. Zwar lebt dieser Unterricht vielerorts noch weiter, vor allem wo er von Katechetinnen und Katecheten verantwortet wird. Wenn für diesen Berufsstand aber nicht mehr ausgebildet wird, ist absehbar, daß in der Zukunft der schulische Religionsunterricht die Grundform der Unterweisung von Kindern im Glauben sein wird. Dieser Religionsunterricht hat es aber zur Zeit – von einigen Gegenbeispielen abgesehen – schwer, Fuß zu fassen. Gerade in der Generation, die jetzt schulpflichtige Kinder hat, ist die Entkirchlichung besonders groß, so daß nur ganz kleine Gruppen und häufig gar keine zustande kommen. Zudem besteht auch von der Basis der Kirche her ein latenter Widerstand gegen diesen Unterricht in Staatsverantwortung. Die Auseinandersetzungen um die Einführung eines konfessionsneutralen Pflichtfaches „Lebenskunde, Ethik, Religion“ in Brandenburg zeigen das in ihrer Weise (vgl. HK, August 1995, 408 ff.). Es handelt sich hier zwar um einen Ausnahmefall, da in den anderen neuen Bundesländern mit dem Aufbau des Religionsunterrichtes begonnen wurde und – wie in Sachsen und Thüringen – auch die Pfarrer Unterrichtsstunden geben müssen. Der Wunsch nach einem Fach, wie es in Brandenburg eingeführt werden soll, spiegelt trotzdem – auch von der Basis der Kirche her eine Haltung zur Frage des Religionsunterrichtes wider, die aus der allgemeinen Erfahrung mit der Entkirchlichung der Bevölkerung stammt. Die Meinung ist, es schade der Vermittlung des Glaubens eher, wenn im Interesse eines konfessionellen Unterrichts die wenigen Kinder christlicher Eltern aus dem Klassenverband herausgenommen würden und dieser Vermittlung das existentielle Umfeld der Gemeinde fehle.

In Brandenburg wird es – trotz der gegenteiligen Beschlüsse der Potsdamer Regierung – aus verfassungsrechtlichen Gründen wahrscheinlich dennoch auf den Religionsunterricht in der Schule als Wahlpflichtfach neben dem nichtkonfessionellen Wahlpflichtfach „Lebenskunde, Ethik, Religion“ hinauslaufen. Ob der Religionsunterricht allerdings bei der heranwachsenden Generation die Bildung im Glauben bewirken kann, die den Gemeinden Zukunft gibt, darf man mit Recht fragen. Die intensive Kinder- und Jugendarbeit in der Kirche muß darum – auch außerhalb des Religionsunterrichtes – eindeutige Priorität behalten.

Kirche Jesu Christi und Teilsystem der Gesellschaft

Bei der ganzen Frage des Religionsunterrichtes spielt freilich auch noch etwas anderes mit, nämlich eine Art Unwohlsein im Umgang mit Möglichkeiten kirchlicher Arbeit, die sich staatlicher Unterstützung verdanken. Ganz rational kann man dieses Unwohlsein gar nicht aufschlüsseln, weil es sich widersprüchlich äußert. So hat es z. B. keinen nennenswerten Widerspruch gegeben, als die Kirchen in den neuen Bundesländern ihre eigenen Theologischen Hochschulen, die in der DDR für eine freie Theologie gesorgt haben, schloß und die Theologenausbildung ganz in die Hände der staatlichen Theologischen Fakultäten an den Universitäten gab.

Beim Problem der in die Bundeswehr integrierten *Militärseelsorge* erfolgten jedoch aus den Kirchen der neuen Bundesländer heraus erhebliche Einwände, die dazu geführt haben, daß die Militärseelsorge bis zu einer endgültigen Klärung auf diesem Gebiet z. Zt. von den Ortspfarrämtern aus wahrgenommen wird. Mit dem staatlichen Einzug der *Kirchensteuern* hat man sich dagegen weitgehend abgefunden, wenngleich starke Bedenken dagegen vorhanden sind, daß eine Kirche auf diese Weise den Finanzbeitrag ihrer Glieder eintreibt. Dem allen liegt die in DDR-Zeit gewachsene Überzeugung zu Grunde, daß die Kirche ihre ureigensten Sachen getrennt von staatlicher Unterstützung besorgen sollte.

Verständlich ist dabei die durchaus nicht unbegründete Sorge, die Menschen könnten die Kirche als Träger einer Art „schwarzer“ Staatsideologie wahrnehmen, welche die „rote“ Ideologie ablöst. Das bei solcher Sorge mehr unbewußt mitlaufende Identifizieren des totalitären mit dem demokratischen Staat ist freilich fatal. Es ist nicht nur nicht gerechtfertigt, weil man ja die Erfahrung machen kann, daß alle staatskirchenrechtlich vereinbarten Kooperationen zwischen Staat und Kirche der Kirche die Freiheit lassen, z. B. in der Schule, in der Universität und auch in der Bundeswehr ganz nach ihren eigenen Kriterien zu wirken. Es zeigt auch, daß es nach so einer langen Zeit des Lebens unter einer kirchenfeindlichen Diktatur, die sich jetzt als ein geschichtliches Zwischenspiel erwiesen hat, für die Kirche nicht einfach ist, wieder die Rolle einer öffentlichen Religion

einzunehmen, wie sie sich im Rahmen des Staat-Kirche-Verhältnisses in Deutschland kontinuierlich entwickelt hat. An der Frage, ob und in welcher Weise sie diese Rolle bejahen kann, nämlich in ihrem besonderen Auftrag als Kirche Jesu Christi und über ihn hinaus Teilsystem der Gesellschaft als Träger von Sinnantworten und ethischen Werten zu sein, entscheidet sich darum sehr viel im Hinblick auf ihren künftigen Weg.

In der Studie „Minderheit mit Zukunft“, die zu Beginn des Jahres von einem Arbeitskreis ostdeutscher Theologen zu Auftrag und Gestalt der Kirchen in den Bundesländern vorgelegt wurde (vgl. HK, März 1995, 114) wird z. B. grundsätzlich in Zweifel gezogen, daß diese Kirchen sich weiter auf den Wegen entwickeln können, die durch die westdeutschen Kirchen vorgezeichnet sind. Auf diesen Wegen würden nur die Tendenzen der Beharrung auf Gewordenem, das in Wahrheit immer mehr wegschmilzt, bestärkt. Der Situation der Kirche als Minderheit auf dem „Markt“ der pluralistischen Gesellschaft sei nur durch grundlegende Reformen Rechnung zu tragen, die ihre Arbeit dynamisiere.

So soll etwa das Parochialprinzip flächendeckender kirchlicher Versorgung des Landes zugunsten einer „Regionalisierung“ des kirchlichen Dienstes an Schwerpunkorten aufgegeben, die Gehaltsstruktur aller im kirchlichen Dienst Stehenden nicht mehr am öffentlichen Dienst, sondern an der faktischen Mitgliederlage orientiert und die finanzielle Abhängigkeit allein von der Kirchensteuer durch den Aufbau anderer spendenartigen Finanzierungsmodelle überwunden werden. Doch dieses Papier ist nicht halbwegs so radikal, wie es für manche auf den ersten Blick gewirkt hat. Es rät zu einer gestalteten Anpassung des vorhandenen Systems an die faktischen Verhältnisse, plädiert aber nicht für die Alternative der Strukturierung der Kirche im Sinne einer Freikirche.

Die Möglichkeiten des christlichen Zeugnisses nutzen

Man kann über die Vorschläge im einzelnen streiten. Vor allem wird zu fragen sein, ob das Gefälle der Reformen nicht so aussehen müßte, daß die zentralen Dienste der Kirchen und ihre großen, teuren Verwaltungsapparate zugunsten der Stärkung des kirchlichen Dienstes vor Ort drastisch reduziert und „dynamisiert“ werden. Denn dort, wo erst einmal „weiße Flecken“ kirchlichen Lebens auf der Landkarte entstanden sind, lassen sich nur ganz schwer Neuanfänge mit diesem Leben machen und auch das Bedürfnis, sich regionalen kirchlichen Angeboten zuzuwenden, wird mitnichten von alleine wachsen.

Außerdem ist bei allem gebotenen Realismus im Blick auf das Phänomen der breiten Entkirchlichung der Bevölkerung darauf zu achten, daß dieses nicht wie ein unwandelbares Geschick gewertet wird. Alle Veränderungen in der Kirche müssen auf das Wachsen der Gemeinden im Land gerichtet

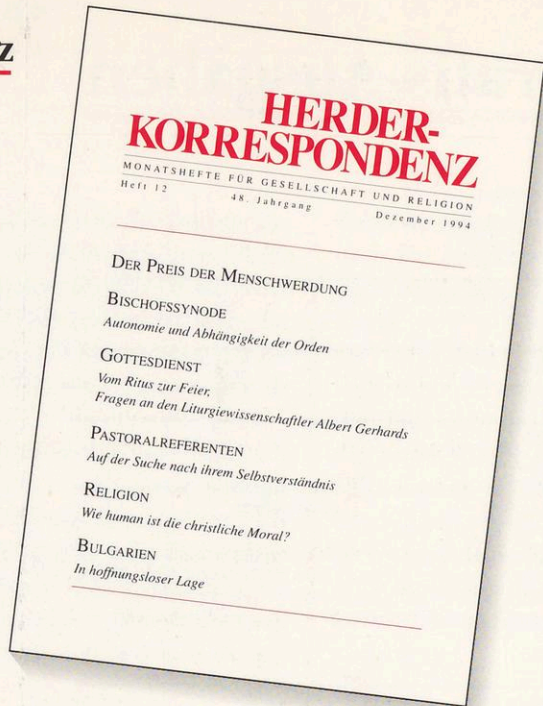
Die Herder-Korrespondenz

im Abonnement

■ Jeden Monat das Wichtigste aus Kirche, Religion, Staat und Gesellschaft. Sie informieren sich präzise und sparen dabei Zeit.

■ Fakten, Hintergründe, Analysen, Kommentare, Interviews. Für Sie ausgewählt und sorgfältig aufbereitet.

■ Sie behalten den Überblick, erkennen Hintergründe und durchschauen Zusammenhänge.



Bitte mit
80 Pfennig
freimachen,
falls Marke
zur Hand

Antwort

Verlag Herder
– Zeitschriften –
Herrn Clemens Klein

79080 Freiburg

Abrufkarte für 2 Gratis-Ausgaben



Ihre Vorteile

Ja, senden Sie mir kostenlos die nächsten zwei Ausgaben der Herder-Korrespondenz. Wenn mich die Herder-Korrespondenz überzeugt und ich mich bis eine Woche nach Eintreffen der zweiten Ausgabe nicht bei Ihnen melde, möchte ich die Zeitschrift regelmäßig beziehen.

Die Herder-Korrespondenz erscheint monatlich und kostet im Abonnement 14,90 DM (für Studierende 11,50 DM) pro Ausgabe zuzüglich Porto.

Karte bitte ausfüllen und einsenden oder per Fax an: 0761/ 2717-426.

Absender:

Vor- und Zuname

Straße

PLZ/Ort

Datum



Unterschrift

Vertrauensgarantie: Innerhalb einer Woche nach Erhalt der zweiten Ausgabe kann ich den Probebezug beim Verlag Herder, 79080 Freiburg, kündigen. Das Datum des Poststempels genügt. Davon habe ich Kenntnis genommen.

Datum



Unterschrift

33



- Sie erhalten die nächsten zwei Ausgaben kostenlos zur Probe. Sie lernen die Herder-Korrespondenz gründlich kennen.
- Möchten Sie die Zeitschrift nicht regelmäßig lesen, genügt eine kurze Mitteilung an den Verlag.
- Bei Weiterbezug im Abonnement kommt die Herder-Korrespondenz jeden Monat pünktlich per Post zu Ihnen nach Hause.
- Ihr Anschluß-Abonnement können Sie jederzeit mit einer vierwöchigen Frist zum jeweiligen Halbjahresende beenden.

sein, wenn sich in der Kirche nicht eine Grundstimmung der Resignation breit machen soll. Dennoch haben jene Studie und mehr noch die vielen Auseinandersetzungen auf allen Ebenen der Kirchen in den neuen Bundesländern über die entstandene Lage deutlich gemacht, daß diesen Kirchen die selbständige Gestaltung der neuen Rahmenbedingungen ihres Daseins noch bevorsteht.

Dazu wird es sowohl viel Nüchternheit wie viel Phantasie brauchen. Das wichtigste aber wird sein, daß dies aus einem Geist heraus geschieht, der der Kraft des Evangeliums unvergleichlich mehr zutraut als den Sogkräften einer schwierigen Situation. Aus diesem Geist heraus war es den Kirchen in der DDR möglich, unter unvergleichlich und unabsehbar schwierigeren Verhältnissen nicht zu resignieren. Aus diesem

Geist heraus kann darum heute erst recht den Traurigkeiten und Hilflosigkeiten entgegengewirkt werden, welche die neue Situation in der Kirche viel zu sehr in ihrem Gefolge hatte.

Es gibt in den Gemeinden und an vielen anderen Orten des kirchlichen Dienstes Gott sei Dank auch sehr viele Beispiele für das Lebendigein eines solchen Geistes. Ihm muß sich die ganze Kirche öffnen. Dann werden die schwierigen Entscheidungen, welche zu treffen sind, nicht zu Zerreißproben. Bei allem notwendigen Abbau und Umbau von traditionell Gewordenem wird dann auch der Mut wachsen, die immer noch großen und mannigfachen Möglichkeiten des christlichen Zeugnisses in dieser Gesellschaft entschlossen zu nutzen.

Wolf Krötke

„Keine aufdringliche Rechthaberei“

Fragen zum heutigen Missionsverständnis an Professor Giancarlo Collet

Fachleute sprechen von einer Periode der extremen Verunsicherung über den missionarischen Auftrag der Kirche; auch viele Gläubige fragen sich, ob und wie die Kirche heute unter Anhängern anderer Religionen missionieren soll. Über Veränderungen und bleibenden Reformbedarf in Verständnis und Begründung von Mission sprachen wir mit dem Leiter des Institutes für Missionswissenschaften an der Katholisch-Theologischen Fakultät der Universität Münster, Giancarlo Collet. Die Fragen stellte Alexander Foitzik.

HK: Herr Professor Collet, wenn derzeit das Stichwort „Mission“ fällt, geschieht dies meist mit einer gewissen emotionalen wie intellektuellen Befangenheit. Auf der anderen Seite aber bekräftigt der Papst etwa in seiner gerade fünf Jahre alten Enzyklika „Redemptoris Missio“ unmißverständlich den missionarischen Auftrag der Kirche. Wie steht es nun um die kirchliche Mission? Wie läßt sich Mission heute noch verstehen?

Collet: Tatsächlich sind derzeit unterschiedliche Tendenzen zu beobachten. Einerseits wird das Wort Mission im Alltag ohne größere Probleme benutzt. Eine Kosmetikfirma wirbt für „Mission“, eine Hautcreme. Phantasievoll und vergnügt spielende Fußballer aus Ghana, Nigeria oder Senegal werden Botschafter des afrikanischen Fußballs, Ballmissionare genannt. Andererseits scheint das, was gemeinhin unter Mission verstanden wird, nicht recht in die heutige Zeit zu passen. Es gibt so etwas wie eine auffällige Allergie gegenüber dem Wort Mission. Für viele Zeitgenossen, darunter nicht wenige Christen, ist Mission ein Reizwort, und wer es benutzt, der hat mit Unverständnis, mit Opposition oder Ablehnung zu rechnen. Mit dem Begriff verbinden sich Vorstellungen wie religiöse Indoktrination, koloniale Ideologie, westliche Arroganz und christlicher Überlegenheitsdünkel. Gleichzeitig jedoch wird die Notwendigkeit und Wichtigkeit der Mission betont. Dies ergibt sich unmittelbar aus einer zentralen Aussagen des Zweiten Vatikanums, gemäß der die

Kirche ihrem Wesen nach missionarisch ist. Im Kern bedeutet dies: Mission darf nicht länger als eine spezielle Aufgabe der Kirche begriffen werden, als etwas, was man – salopp gesprochen – tun oder auch lassen kann. Jeder einzelne Christ ist demnach Missionar und gibt in Handeln und Reden Zeugnis vom Evangelium. Christliche Existenz ist missionarische Existenz.

„Mission erfordert je nach Kontext sehr Verschiedenes“

HK: Das Image von Mission ist jedoch weniger durch die Ekklesiologie des Konzils als vielmehr durch ein schweres historisches Erbe geprägt. Rühren die heutigen Vorbehalte gegenüber dem Thema Mission nicht wesentlich von dieser Geschichte her?

Collet: Die historische Hypothek bedingt sicherlich eine gewisse Scham unter Christen. Man möchte das Wort daher lieber nicht gebrauchen. Damit bleibt aber auch die notwendige Auseinandersetzung mit der Problematik aus. Statt dessen werden alte Klischees warm gehalten. So besteht auch in vielen Köpfen ein Missionsverständnis fort, das es so weder in der Missionswissenschaft, erst recht nicht mehr in der Missionspraxis gibt. Mission hat noch immer das Image von